Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort allseitig Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 80. | Montag den 8. April 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 6. April. Auf der Reichstagung des Christl. Volksdienstes, die am 1. und 2. April in Kassel stattfand, wurde die am 3. Februar 1929 in Frankfurt a. M. vollzogene Vereinigung zwischen Christlichem Volksdienst und Evangelischer Volksgemeinschaft anerkannt und bestätigt. Der Ausbau der Bewegung über das ganze Reich soll mit Nachdruck angestrebt werden.

Stuttgart, 6. April. Der Verband Württ. Industrieller hält am 17. April im Stadtgarten seine 22. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Vorträge werden halten Geh. Hofrat Dr. Bruckmann-Heilbronn: „Betrachtungen zur Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik", sowie Dr. J. Herle, Geschäftsführer des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Berlin, über „Die Bedeutung der Exportförderung für die deutsche Industrie".

Berlin, 6. April. König Boris von Bulgarien ist heute morgen hier incognito eingetroffen.

Die Fischereischäden durch Eissprengungen.

Die Kleine Anfrage des Abg. Dr. Ströbel betr. Ersatzansprüche der Fischerei wegen Schäden durch Eissprengungen im Neckar und in der Donau hat das Innenministerium wie Ersatzansprüche wegen Schäden, die der Fischerei durch die Vereisung der Gewässer, die Eissprengungen und andere Maßnahmen zur Verhütung der Gefahren des Eisgangs verursacht werden, für aussichtslos, es kann auch eine Rechtsgrundlage für solche Ansprüche nicht erkennen, möchte damit aber der Beurteilung der zuständigen Stellen im Einzelfalle nicht vorgreifen. Die Württ. Landwirtschaftskammer hat angeregt, zur Erneuerung des Fischbestandes in den am meisten betroffenen Gewässern einen außerordentlichen Staatsbeitrag zu gewähren. Diese Anregung wird vom Wirtschaftsministerium in Behandlung genommen werden; eine sofortige Stellungnahme ist schon wegen des Zusammenhangs mit den schwebenden Verhandlungen über den Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1929 nicht möglich.

Vorstandssitzung der Württ. Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 6. April. Der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer hielt am 4. April eine Sitzung in Stuttgart ab. Die nächste Hauptversammlung findet am 3. und 4. Mai statt. Es werden zur Beratung kommen neben dem Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen zur Absatzförderung und dem Haushaltplan die wirtschaftspolitischen Forderungen der landw. Reichsspitzenverbände, der Reichsmilchgesetzentwurf, das Grundsteuerrahmengesetz im neuen Steuervereinheitlichungsgesetz, Förderungsmaßnahmen für den Bauernwald, Behebung der fischereirechtlichen Schaden sowie ein Bericht über Maschinenprüfungen und Felderbegehungen. Der Haushaltplan wurde eingehend durchberaten. Der vorliegende Reichsmilchgesetzentwurf enthält im wesentlichen 7 Abschnitte. Im ersten Abschnitt sind allgemeine Vorschriften über den Verkehr mit Milch enthalten, im zweiten Bestimmungen über Markenmilch, der dritte Abschnitt befaßt sich mit Milchzubereitungen und Milcherzeugnissen, der vierte mit Milchüberwachungen, der fünfte mit der Standardisierung, der sechste und siebte Abschnitt mit Straf- und allgemeinen Schlußbestimmungen. Leider ist der Gesetzentwurf kein Rahmengesetz, wie es von der Landwirtschaft gewünscht wurde. Die Landesregierungen werden nahezu ausgeschaltet, so daß den besonderen Verhältnissen der Länder nicht Rechnung getragen werden kann. Die Anforderungen, die an die Milcherzeuger gestellt werden, sind teilweise außerordentlich scharf und es wäre nicht möglich, diese Vorschriften bei unseren bäuerlichen Betrieben durchzuführen. Die Konzessionspflicht für Unternehmungen, die Milch vertreiben, wird aufrecht erhalten. Für Landwirte, die Milch im Betrieb selbst verwerten, soll eine Anzeigepflicht eingeführt werden. Auch die Einführung von Markenmilch soll vom Reich durch Gesetz erfolgen, desgleichen die Standardisierung. Der Vorstand ist der Auffassung, daß der Gesetzentwurf in der jetzigen Form abgelehnt werden muß. Außerdem wurde noch eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt.

Milderung einer Ordonnanz der Besatzungsbehörden.

Koblenz, 5. April. Die im Jahre 1920 erlassene Ordonnanz der interalliierten Rheinlandkommission schreibt vor, daß alljährlich eine Bestandsaufnahme und Musterung der Fahrzeuge und Zugtiere im besetzten Gebiet stattfinden soll. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth von Simmern, beantragte wiederholt die Aufhebung dieser Ordonnanz. Die Gegenseite entsprach dem Antrag zwar nicht, es wurde jedoch vereinbart, daß Erleichterungen beim Vollzug der Ordonnanz eintreten sollten. Demzufolge werden von jetzt ab die Musterungen vor besonderen militärischen Kommissionen wegfallen, so daß Wagen und Tiere nicht mehr vorgeführt zu werden brauchen. Bestehen geblieben ist die Verpflichtung der deutschen Behörden auf Grund der eigenen Unterlagen Listen aufzustellen, und der Besatzungsarmee in jedem Jahr einen Abdruck davon zu überlassen. Die in diesem Abdruck aufzuzählenden Gegenstände, die bisher auch einfache Wagen und Fahrräder mitumfaßten, sollen aber in Zukunft auf Kraftfahrzeuge, Pferde und Maultiere beschränkt werden. Militärische Strafverfahren gegen Eigentümer von Beförderungsmitteln wegen Verstoßes gegen die Meldepflicht sollen künftig nicht mehr stattfinden, auch die örtlichen Nachprüfungen des Bestandes bei den Eigentümern und sonstige örtliche Kontrollen, die bisher von den Organen der Militärpolizei vorgenommen wurden, fallen nunmehr weg.

Die Schule im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Philologenverbandes hat zur Kriegsschuldfrage eine Entschließung gefaßt, in der zunächst darauf hingewiesen wird, daß vor 10 Jahren Graf Brockdorff-Rantzau in Versailles zum ersten Male förmlich gegen die Behauptung von der deutschen Alleinschuld protestiert hat, sowie darauf, was in dem zehnjährigen Kampfe gegen die Schuldlüge geleistet ist. Der Philologenverband richtet dann an alle seine Mitglieder die dringende Bitte, bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach Kräften im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge mitzukämpfen, und fordert seine Landesverbände auf, bei den Landesregierungen dahin zu wirken, daß, wo es noch nicht geschehen ist, die Aufklärung über die Kriegsschuldlüge den höheren Schulen zur Pflicht gemacht wird. Für Württemberg ist die letzte Forderung bereits erfüllt, da im neuen Lehrplan eine solche Aufklärung vorgeschrieben ist.

Eine Erklärung der Eisenbahnerorganisationen.

Berlin, 6. April. Die 3 vertragschließenden Eisenbahnerverbände, der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband, veröffentlichen folgende Erklärung: „Die Eisenbahnerverbände haben sich in einer gemeinsamen Sitzung am 6. April 1929 mit dem gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung und mit der Stellungnahme der Spitzenorganisationen zu derselben beschäftigt. Die Verbände billigen es, daß sich die Spitzenorganisationen an die Reichsregierung und an die Reichsbahn wenden wollen, zwecks Einleitung weiterer Verhandlungen. Die Verbände setzten dabei voraus, daß ihren berechtigten und erfüllbaren Forderungen baldigst Rechnung getragen wird. Sie behalten sich entsprechend der weiteren Entwicklung der Dinge ihre endgültige Stellungnahme vor. Von den Funktionären und Mitgliedern wird strafffste Disziplin und Befolgung der Beschlüsse der Organisationsleitungen erwartet."

Eine Falschmeldung des „Soir".

Berlin, 6. April. Der Pariser „Soir" hat eine Notiz gebracht des Inhalts, daß das deutsche Sparguthaben auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1928 105 Mark betragen habe, während es sich vor dem Kriege auf nur 21 Mark pro Kopf belaufen habe. Von unterrichteter Seite erfahren wir dazu, daß die Zahl 105 pro Kopf für das Jahr 1928 wohl im großen und ganzen zutreffend ist. Es ist aber nicht richtig, daß die Sparguthaben des Einzelnen vor dem Kriege nur 21 Mark betragen haben. In Wirklichkeit war das durchschnittliche Sparguthaben vor dem Kriege 291 Mark, also nicht ganz dreimal soviel als im Jahre 1928.

Der Langkoop-Prozeß.

Berlin, 6. April. Der Langkoop-Prozeß wird am Montag zu Ende geführt werden. Am heutigen Samstag soll die Beweisaufnahme so weit gefördert werden, daß Montag früh der erste Staatsanwalt Köhler sein Plaidoyer beginnen kann. Zu Anfang der heutigen Sitzung kam es wiederum zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Zunächst wurde beanstandet, daß Verteidiger und Angeklagter wiederum längere Zeit außerhalb des Saales blieben, was auch gestern der Fall gewesen war. Der erste Staatsanwalt legte Protest gegen diese Unpünktlichkeit ein und der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ziegel, ermahnte dann Angeklagten und Verteidiger, als diese mit sehr großer Verspätung erschienen waren, zu unbedingter Pünktlichkeit. Staatsanwalt Köhler gab sodann eine längere Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß der Sachverständige Lazarus auf dem Gerichtskorridor aufs gröblichste beleidigt worden sei, auch in der Oeffentlichkeit würde er sehr heftig angegriffen. Der Staatsanwalt bat darum, daß dieser Sachverständige, der in jeder Beziehung seine Pflicht getan habe, in angemessener Weise geschützt werde. Dann beklagte er sich darüber, daß gestern eine Versammlung von Auslanddeutschen stattgefunden habe, in der 2 in dem Prozeß als Sachverständige geladene Herren sich Ausfälle gegen das Reichsentschädigungsamt zuschulden kommen ließen. Die beiden Sachverständigen entgegneten darauf in längeren Erklärungen, in denen sie die Vorwürfe zurückwiesen. Darauf wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt und zwar wurde zuerst der deutschnationale Abgeordnete Wolf, der katholischer Geistlicher in Oberschlesien ist, vernommen. Er gehört dem Reichsausschuß für geschädigte Grenzlanddeutsche an und hat zahlreiche Klagen Geschädigter, besonders aus Oberschlesien erhalten. Diese Beschwerden und Klagen richten sich wohl gegen das Reichsentschädigungsamt, aber das geschah aus Unkenntnis der Verantwortlichkeit. Pfarrer Wolf erklärte, er habe mit dem Reichsentschädigungsamt die besten Erfahrungen gemacht, soweit er sich im Interesse Hilfesuchender an das Amt gewandt habe. Gerade bei dem Sachverständigen Lazarus, den man nun zu Unrecht so scharf angreife, sei er stets auf volles Verständnis gestoßen. Die ersten Entschädigungen des Reiches seien ohne Zweifel unzulänglich gewesen, weil sie in Papiermark ausbezahlt wurden, die Nachentschädigungen bedeuteten aber eine merkliche Hilfe, da sie in fester Währung erfolgten. Die Klagen der Geschädigten seien subjektiv berechtigt, objektiv aber nicht. Pfarrer Wolf erklärte, er sei der Ansicht, daß nicht das Reichsentschädigungsamt, sondern daß die Entschädigungsgesetze schuld seien, weil diese unzulänglich waren. Im Reichstag habe man jedoch keine höheren Entschädigungen durchsetzen können, weil das Reichsfinanzministerium immer wieder erklärte, die schlechte Vermögenslage des Reiches lasse höhere Entschädigungen nicht zu. Klagen gegen das Amt und die Beamten seien sehr zahlreich gewesen, aber man dürfe nicht vergessen, daß das Reichsentschädigungsamt nur einen relativ kleinen Apparat zur Verfügung hatte und daß dadurch unliebsame Verzögerungen unvermeidbar wurden.

Rede des preußischen Finanzministers über Steuerfragen.

Gelsenkirchen, 5. April. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff sprach heute hier in einer öffentlichen Versammlung, die sich mit dem Steuervereinheitlichungsgesetz beschäftigte, auch über andere Steuerfragen. Zum Problem des Ausbaus der Hauszinssteuer legte er u. a. dar, daß nach einer gut begründeten Berechnung bei Fortsetzung der Neubautätigkeit im bisherigen Umfange die Wohnungsnot im Jahre 1935 behoben sein könne. Dann würde es nur noch notwendig sein, denjenigen Teil der Hauszinssteuer zu erheben, der für die teilweise Befriedigung des Finanzbedarfs der Gemeinden gebraucht werde. Zur Frage der Gewerbesteuer erklärte der Minister im Zusammenhang mit der Behandlung des Steuervereinheitlichungsgesetzes, wenn bis zum Jahre 1931 dieses Gesetz nicht verabschiedet sei, würde Preußen sich zu überlegen haben, ob es nicht von sich aus die kommunalen Lasten auf kräftigere Schultern legen müsse. Zur allgemeinen Finanzpolitik führte der Minister aus, die auf die Dauer untragbaren Steuerlasten seien gegeben durch die 2,5 Milliarden Kriegslasten auf Grund der Reparationszahlungen und durch die weitere Belastung der Steuerzahler mit 1,7 Milliarden Mark zur Deckung der unmittelbaren inneren Kriegsfragen.

Große Koalition in Strelitz.

Nach einer Neu-Strelitzer Meldung des „Vorwärts" ist die Bildung einer großen Koalition in Mecklenburg-Strelitz zwischen der Sozialdemokratie, der Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Demokraten und Handwerker) und der Deutschen Volkspartei grundsätzlich vereinbart worden. Dem bisherigen alleinigen sozialdemokratischen Staatsminister Dr. v. Reibnitz sollen ein Demokrat und ein Volksparteiler als Staatsräte beigegeben werden. Die Personalfragen werden erst im Verlauf der nächsten Woche geklärt.

Ausland.

Die Todesfälle in der Rheinarmee.

Paris, 6. April. Der sozialistische Deputierte Barthe, der vor 14 Tagen in der Kammer die Interpellationen wegen der Todesfälle in der Rheinarmee begründete und dabei scharfe Anklagen gegen die verantwortlichen Stellen richtete, hat dem Kriegsminister neues Aktenmaterial über die skandalöse Behandlung der kranken Soldaten während der Grippe-Epidemie im Februar und März eingereicht. Barthe verlangt neue Strafmaßnahmen, da die bisher verhängten völlig unzureichend seien. Der sozialistische Deputierte teilte dem Kriegsminister mit, er werde bei der Regierung nach dem Wiederzusammentritt der Kammer von neuem interpellieren, wenn nicht neue Strafen gegen die Fehlbaren ausgesprochen würden. Die an den Kriegsminister übergebenen Dokumente beziehen sich u. a. auf folgende Vorkommnisse: Während der strengsten Kälte mußten die Kraftwagenführer des Generalstabs des 32. Armeekorps täglich mehrere Kilometer weit von Kaiserslautern Personen, die gar nichts mit der Garnison zu tun hatten, zum Schlittschuhlaufen fahren und bei 20 Grad Kälte einen halben Tag lang warten, bis die Offiziere und ihre Gäste ihre Vergnügungen beendet hätten. — In dem Mainzer Hospital III lagen die Soldaten in einer Wellblechbaracke, tagsüber bei überheitztem Ofen und bei Nacht bei einer Temperatur von 4 bis 7 Grad Kälte. Die Totkranken des Hospitals wurden in die Hospitäler I und II verbracht, damit sich die an ihr Sterbebett gerufenen Familienangehörigen nicht von dem Zustand der Baracke überzeugen konnten. — In Mainz waren die Krankenhäuser und Lazarette so überfüllt, daß der Stabsarzt nur die Soldaten krank schreiben konnte, die dienstfrei waren. Die Leute waren gezwungen, sich in den Mannschaftszimmern aufzuhalten und sich zur Untersuchung bei 28 Grad Kälte über den Hof in ein etwa 300 Meter entferntes Gebäude zu begeben. — Am 1. Februar wurde beim 21. Artillerieregiment in Trier beschlossen, die militärische Ausbildung der Leute zu beschleunigen. Am 6. Februar wurde Weisung gegeben, daß die Mannschaften sich dem sie besichtigenden Oberst ohne Mantel mit aufgepflanztem Bajonett vorstellen mußten.

„Der nächste Krieg".

London, 6. April. Der frühere preußische Kriegsminister, General Reinhardt, ist der Verfasser des heutigen Artikels über den „nächsten Krieg" in der Artikelserie der „Daily News". General Reinhard beginnt seinen Artikel mit einem Appell für die Einführung humaner Kampfmethoden. Er schlägt vor, daß man ebenso wie auf der Genfer Konferenz von 1868 eine Minimalgröße für Explosionsgeschosse eingeführt wurde, jetzt auch eine Maximalgröße für Geschosse und Fliegerbomben einführe. Dies würde ein wirksamer Schutz gegen den Angreifer sein und würde ferner die Zivilbevölkerung in einem kommenden Krieg schützen. General Reinhardt vertritt dann die Ansicht, daß jedoch alle humanen Bestrebungen einen Krieg nicht vermeiden können. Das einzige, was einen Krieg verhüten könne, sei die Gerechtigkeit. Die Hauptursache von Kriegen sei Ungerechtigkeit und Unterdrückung des Rechts der Selbstbestimmung. Die Bestimmungen des Vertrags von Versailles zeigten in meisterlicher Weise, wie das Problem, einen Krieg zu verhindern, nicht gelöst worden sei. Wenn diese Bestimmungen revidiert werden würden und an ihre Stelle das Recht der Freiheit und der Selbstbestimmung, des ehrlichen Wettbewerbes in der Welt treten würde, dann würde der nächste Weltkrieg in weite Zukunft verschoben werden können. General Reinhardt erinnert daran, daß der Vertrag selbst Revisionsmöglichkeiten vorsieht. Das Ziel, daß die europäischen Politiker stets im Auge haben müßten, sei, Europa aus der unerträglichen Herrschaft zu befreien, die bald nach Kriegsende aus dem Haß entstanden sei und in dem Vertrag von Versailles niedergelegt sei. Es sei falsch, anzunehmen, daß die unterdrückten Völker sich allmählich an Erniedrigungen und Drohungen gewöhnen würden. Solche Hoffnungen seien schon aus dem Grunde falsch, weil die stärkere Partei immer größeren Gebrauch von ihrer Vormachtstellung machen würde. Für einen Deutschen seien die französischen Truppen am deutschen Rhein die Verkörperung der Drohung eines nahe bevorstehenden Krieges. Seiner Meinung nach würde die Rückkehr der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Franzosen zu ihrem wunderschönen Heimatland jenseits der Ardennen und Vogesen, wo kein Deutscher ihnen ihre Glücklichkeit beneiden würde, der erste sichere Schritt auf dem Wege der Verhinderung eines neuen Krieges. In dem von der „Daily News" übersetzten Artikel befindet sich keine ähnliche Bemerkung über die belgischen oder gar die englischen Truppen.

Prügelstrafe in Südafrika.

London, 6. April. Nach Blättermeldungen aus Kapstadt wurde in Bethel in Transvaal ein Farmer namens Jack Rafte wegen der mit großer Grausamkeit verübten Tötung eines Eingeborenen zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Peitschenhieben verurteilt. Der Farmer hatte einen Schwarzen durchgeveitscht, ihm 2 Rippen und das Brustbein gebrochen und ihn mit dem Kopf nach unten mehrere Stunden lang aufgehängt. In der Urteilsbegründung bemerkte der Richter, keine Bestrafung sei angemessen, die nicht dem Schuldigen einige der körperlichen Schmerzen zufüge, die sein Opfer erlitten habe. Dieses Urteil hat unter den Farmern in Südafrika riesiges Aufsehen hervorgerufen. Unverzüglich nach Verkündung des Urteils erfolgten Schritte bei dem Premierminister, General Herzog, und gestern abend trafen Anordnungen aus Pretoria ein, die Aussetzung bis zu einer weiteren Untersuchung zu verschieben. Die Blätter heben hervor, daß dies das erste derartige Urteil ist. In letzter Zeit seien Behauptungen im Umlauf, daß weiße Geschworenengerichte in Südafrika in Fällen, bei denen das Vorurteil gegen Farbige ins Gewicht fiel, ungerechte Urteilssprüche gefällt hätten.

Explosion in einer mexikanisch-amerikanischen Grenzstadt.

Newyork, 6. April. Die Stadt Naco, die zur Hälfte auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten in Arizona, zur anderen Hälfte auf mexikanischem Gebiet liegt, und schon wiederholt während der Kämpfe mit den Aufständischen in Mitleidenschaft gezogen worden ist, wurde heute morgen gegen 3 Uhr durch eine furchtbare Explosion erschüttert, deren Gewalt die Einwohner aus den Betten schleuderte. Infolge der Explosion versagte auch die elektrische Stromversorgung, so daß die Stadt in völliger Dunkelheit lag. Wie man annimmt, ist eine der Minen explodiert, die von den Aufständischen gegen die Befestigungen der Regierungstruppen im mexikanischen Teil von Naco vorgetrieben worden sind.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 8. April. Der Weiße Sonntag, wie man den ersten Sonntag nach Ostern nennt, ist die Krönung der Auferstehungsseligkeit des Ostertages und wird in der katholischen Kirche besonders gefeiert. An diesem Tage empfangen die Kinder die erste hl. Kommunion. Menschenzungen können dieses Ereignis nicht schildern, so wenig als sie das Geheimnis erklären können. Kalt und öde sieht es draußen in der Natur aus, die Bäume haben ihre weißen Blütenkleider noch nicht angezogen. Aber auf den Gesichtern der Kinder leuchtet der Frühlingsglanz der Unschuld, bereit, ihren Heiland in der Brotsgestalt zu empfangen. „Nehmet hin meinen Leib, der für Euch wird geopfert werden." Zwölf Kinder: sechs Knaben und sechs Mädchen durften gestern in der katholischen Kirchengemeinde zum ersten Male zum Tische des Herrn treten. Feierlich war ihr Einzug, feierlich und überaus ernst die ganze Handlung. Am Schlusse erklang vom Chore, gesungen von Frau Eisenbahn-Obersekretär Wunderlich, Heilbronn, das Ave Maria von Bach-Gounod.

Neuenbürg, 8. April. „Klein aber fein", diese Note kann dem gestern abend im „Bären" vom Orchesterverein veranstalteten Streichkonzert unter Leitung von Musikdirektor Müller, gegeben werden. Die Spielfolge bot in bunter Abwechslung Märsche, Walzer, Ouvertüren, Potpourris, Charakterstücke und der Jahreszeit angepaßte Musikstücke bekannter Meister. Der Zuhörer hatte das Empfinden, daß mit Fleiß und Eifer der edlen Musika von der wackeren Schar und ihrem Dirigenten gehuldigt wird. Klar und rein erklangen die Töne, ein flottes Zusammenspiel ließ irgendwelchen Mißklang nicht aufkommen, wie aus einem Guß — das Zeichen engster Fühlung zwischen dem Dirigenten und den Spielenden — wurden die einzelnen Nummern wiedergegeben, von welchen wir als besonders gut erwähnen „Einzug der Frühlingsblumen", Ouvertüre aus „Zar und Zimmermann", den immer gern gehörten Strauß'schen Walzer „An der schönen blauen Donau", das große Potpourri „Ein Walzertraum" und das Charakterstück „Kleine Patrouille". Als die letzte Nummer verklungen war, setzte als Zeichen der Befriedigung für das Gebotene anhaltender Beifall ein, worauf Musikdirektor Müller noch eine Dreingabe machte. Was zu Gehör gebracht wurde, hätte einen besseren Besuch verdient.

Neuenbürg, 6. April. (Die Hagelschäden.) Im Jahr 1928 ist nach den Mitteilungen des Württ. Stat. Landesamts an 23 Tagen Hagelschlag mit Schaden an landwirtschaftlichen Gewächsen vorgekommen. Betroffen wurden der Stadtbezirk Stuttgart und 49 Oberamtsbezirke (sämtliche ausgenommen Besigheim, Böblingen, Brackenheim, Eßlingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Marbach, Waiblingen, Neuenbürg, Oberndorf, Künzelsau, Göppingen) und insgesamt 482 Gemeinden und Teilgemeinden. Die verhagelte landwirtschaftliche Fläche beträgt 63 814 Hektar, d. i. 5,6 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Württembergs (angebautes Ackerland, Gartenland, Wiesen, Weinberge). Der Geldwert des im Jahre 1928 entstandenen Hagelschadens berechnet sich zu 8 594 118 Mark gegen 12 500 900 Mark im Jahr 1927 und 8 197 600 Mark im Durchschnitt 1924 bis 1926. Der durchschnittliche Geldwert des Hagelschadens berechnet sich auf einen Hektar betroffene Fläche 1928 zu 135 Mark gegen 162 Mark im Jahr 1927, 227 Mark im Jahr 1926, 129 Mark im Jahr 1925 und 183 Mark im Jahr 1924.

(Wetterbericht.) In raschem Wechsel ist Süddeutschland wieder in den Bereich eines Hochdrucks gekommen. Für Dienstag und Mittwoch ist aber immer noch unbeständiges und ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.

✕ **Birkenfeld,** 5. April. In Krankheitsfällen, wie sie im Frühjahr auftreten, muß immer wieder an ein altbekanntes Heilmittel erinnert werden, an den Bienenhonig. Es ist staunenswert und erfreulich, welche ausgezeichneten Erfolge die Aerzte bei Honigkuren zu buchen hatten. Professor Dr. Klemperer sagt in dem Handbuch für Krankenernährung: Wir haben vor allen Dingen im Honig ein Nahrungsmittel, das geeignet ist, die teuren künstlichen Kohlehydrat-Nahrung zu ersetzen. Ein Eßlöffel voll Honig enthält 75 Kalorien (Wärmeeinheiten), also mehr als ein Hühnerei. Honig wird viel zu wenig angewandt. Dr. Ehrhardt schreibt: Ist der Honig ins Blut aufgenommen, so wird er entweder gleich verbraucht oder zum Verbrauche als Glykogen in den Muskeln und in der Leber aufgespart. Der Honig dient nun im menschlichen Körper als Kraftquelle. Mit ihm speisen sich unsere Muskeln, während sie Arbeit leisten. Sind wir müde, so werden wir sofort mit neuen Kräften versehen, wenn wir Honig zu uns nehmen. Der Schweizer Verein analytischer Chemiker hat mehrere hundert Honigmuster analysiert und nachgewiesen, daß der Honig, besonders der dunkle, sehr mineralhaltig ist und den Kindern, besonders den schnell wachsenden, einen kräftigen, widerstandsfähigen Knochenbau sichert. Der hervorragende deutsche Professor v. Bunge sagt in der Zeitschrift für Biologie, daß echter Naturhonig, weil er vorverdautes Produkt der Bienen ist, in allen seinen Bestandteilen, wie er ist, in die menschliche Blutbahn überführt werden kann, daher auch seine eminent kräftigende Wirkung bei schwächlichen Kindern, bei Rachitis, schwacher Lunge, Skrofulose usw. Tatsache ist und bleibt, daß der echte deutsche Honig sich überall voll bewährt. Möge ihm jene Würdigung zuteil werden, die er mit gutem Recht verdient!

+ **Calmbach,** 7. April. Heute wurde Friedrich Rentschler, Flößer, im Alter von 91½ Jahren begraben. Er war der älteste Bürger in Calmbach. Sein Bruder Johann, der vor zwei Jahren starb, erreichte dasselbe hohe Alter. Bei beiden war der Tod eine Erlösung von verschiedenen Beschwerden des Alters.

Württemberg.

Stuttgart, 7. April. (Zu den Lohnverhandlungen in der Uhrenindustrie.) Wie mitgeteilt, hatte der Schlichter für Südwestdeutschland, Dr. Kimmich-Karlsruhe, die Parteien zu einer Informationsaussprache auf den 3 April nach Stuttgart eingeladen. Der Wunsch des Schlichters, eine Einigung herbeizuführen, war erfolglos. Die Unternehmer hatten zwar die Forderung eines Lohnabbaues fallen lassen, verlangten aber unter allen Umständen, daß das bestehende Lohnabkommen um ein weiteres Jahr verlängert wird. Die Gewerkschaften fordern in diesem Fall eine Erhöhung der Tariflöhne. Am 16. April 1929 finden in Donaueschingen unter dem Vorsitz des Landesschlichters Dr. Kimmich die offiziellen Schlichtungsverhandlungen statt.

Stuttgart, 7. April. (Um das nächste deutsche Turnfest.) Der Hauptausschuß der deutschen Turnerschaft tagte am Freitag in Berlin, doch wurde dabei der Beschluß über die Wahl der Feststadt vertagt, da die Fachwarte zunächst die Eignung der Städte hinsichtlich der Platzanlagen prüfen sollen. Um das nächste deutsche Turnfest 1933 bewerben sich außer Stuttgart noch die Städte Breslau, Dresden und Nürnberg.

Stuttgart, 7. April. (Waldorf Astoria an Reemtsma-Konzern verkauft.) Der Großaktionär der Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A.-G. in Stuttgart hat, wie mitgeteilt wird, eine sich ihm bietende Gelegenheit benützt, dem Reemtsma-Konzern einen großen Teil der Waldorf-Astoria zu verkaufen. Begründet wird dieser Schritt des Großaktionärs mit der schwierigen Lage der Zigarettenindustrie. Von dem Reemtsma-Konzern soll die Fabrikation in Stuttgart nicht weitergeführt, der Betrieb vielmehr stillgelegt werden. Eine Generalversammlung, die demnächst stattfinden wird, hat nach vorheriger Beratung des Aufsichtsrats über den Antrag zur Liquidierung des Unternehmens Beschluß zu fassen. Der Großaktionär ist bekanntlich Großkaufmann Klazim Emin in Paris, der die Mehrheit der Aktien besitzt und hier vorerst auch behält. Der Verkauf der Aktien durch den Großaktionär kam für die Stuttgarter Verwaltung völlig überraschend.

Ludwigsburg, 6. April. (Mit dem Pferd schwer gestürzt.) Freitag morgen ritt eine Schwadron vom hiesigen Reiterregiment auf den Uebungsplatz. Beim Reiten entlang der Bahnhofstraße fuhr ein Lastkraftwagen hinterher, wodurch die Pferde unruhig wurden. Das Pferd eines Unteroffiziers scheute, stieg hoch und überschlug sich. Dabei kam der Reiter unter das Pferd zu liegen. Er wurde ohnmächtig ins Lazarett geschafft, wo man feststellte, daß er starke innere Verletzungen und Quetschungen davongetragen hatte. Der Verunglückte ist jedoch außer Lebensgefahr.

Heilbronn, 6. April. (Ein Spezialist in Bauernhauseinbruchdiebstahl.) Der 40 Jahre alte Karl Zibold von Markgröningen, ein gewohnheitsmäßiger Bauernhauseinbrecher, wurde vom Schöffengericht wegen mehrerer schwerer und einfacher Diebstähle zu der Gesamtstrafe von fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus unter Einrechnung von drei und zwei Jahren Gefängnis, die in Stuttgart gegen ihn ausgesprochen wurden, verurteilt. Bei einem ausgesprochenen Ehrverlust von fünf Jahren hat es sein Bewenden.

Reutlingen, 6. April. (Beinahe auch eine Büffeljagd in Reutlingen.) Gestern hätte es neben der aufregenden Elefantenjagd auch beinahe noch eine Büffeljagd hier gegeben. Beim Ausladen auf dem Güterbahnhof riß sich ein gewaltiger Büffel aus seinen Fesseln los und suchte zu entkommen. Erst nachdem zahlreiche Wärter sich an der Jagd nach dem Büffel beteiligten, konnte der Ausgerissene nach einer Viertelstunde etwa wieder eingefangen werden. Irgend welche Verheerungen wurden durch den Büffel jedoch nicht angerichtet, da er sich fast stets nur auf den Schienen bewegte. Sollte auch diesem Ausreißer die Flucht in die Stadt geglückt sein, so würde es zweifellos nicht ohne starke Gefährdung von Menschenleben abgegangen sein.

Rottenburg, 6. April. (Aus der Diözese Rottenburg.) Dem eben erschienenen Personalkatalog der Diözese Rottenburg ist zu entnehmen, daß Prälat Dr. Laun das dienstälteste Mitglied des Domkapitels ist, er gehört diesem jetzt seit 1910, also bald zwanzig Jahre an. Jüngstes Mitglied des Domkapitels ist Domkapitular Dr. Kuhn, der als Kanzleiredner einen Namen über die Diözese hinaus hat. Senior unter den Diözesangeistlichen ist Pfarrer Sterk-Fleischwangen mit 94 Lebens- und 69 Priesterjahren. Die Zahl der meist kleinen Männerklöster hob sich auf elf, die Zahl der Frauenklöster blieb sich gleich. (Die Zahl der Kreise mit 23 Männerklöstern in Württemberg schließt die einzelnen Niederlassungen ein, so besitzen zum Beispiel die Franziskaner Niederlassungen im Weggental, Rottweil, Saulgau, Ulm, Wangen aber mit zusammen nur 21 Patres.) Die Gesamtzahl des Diözesankleterus beträgt 1179, diejenige der Katholiken der Diözese am 1. Januar 1928: 813 829; Diözesanvereine und -Verbände sind es 41.

Schramberg, 6. April. (Betriebsratswahl.) Bei der am Mittwoch vorgenommenen Betriebsratswahl bei der Firma Gebr. Junghans haben von 2400 Wahlberechtigten 2085 abgestimmt, ungültig waren 26 Stimmen. Es erhielten: Vorschlag 1: Freie Gewerkschaften 1316 Stimmen, 10 Sitze. Vorschlag 4: Christliche Gewerkschaften 515 Stimmen, 4 Sitze. Vorschlag 3: Hirsch-Duncker 163 Stimmen, 1 Sitz. Vorschlag 2: Nationale Arbeiterschaft 65 Stimmen, kein Sitz. Gegen den früheren Bestand haben die Christl. Gewerkschaften einen Sitz gewonnen, die Freien einen Sitz verloren.

Geislingen a. St., 6. April. (Ein kriminalistisches Bravourstückchen.) Einen zweifelsohne feinen Pedektivfall hatte dieser Tage die hiesige Kriminalpolizei vollbracht, indem sie nur mit Hilfe einer Unterschrift ein Diebstahlsverbrechen aufgedeckt hat. Der Fall gibt einen interessanten Einblick in die mühevolle und überlegungsreiche Tätigkeit dieser Beamten. Die Geislinger Zeitung berichtet darüber. Am Mittwoch erstattete ein Knecht einer hiesigen Wirtschaft Anzeige, daß ihm sein Koffer erbrochen worden und daraus ein Sparkassenbuch auf den Betrag von 956 RM. lautend verschwunden sei. Der Diebstahl war bereits am 1. März ausgeführt worden. In der Zwischenzeit hatte der Dieb das Geld abgehoben und der einzige Anhaltspunkt war zunächst nur die gefälschte Unterschrift. Man kam nun auf den Gedanken durch Vergleichung von Schriftproben dem Täter auf die Spur zu kommen und sah zuerst die Listen des Arbeitsamts durch. Dann nahm die Kriminalpolizei die Ueberwachungszettel des Einwohnermeldeamtes vor und verglich in mühevoller Arbeit die Schriften. Die Unterschrift zeigte gewisse Merkmale, die man unter Zuhilfenahme der Lupe bei einem Zettel wieder erkannte. Man zog weitere Erkundigungen ein und faßte den Gauner, der dann unter der Last der Anklage und der Beweise auch gestand. Er ist ein seit einem Jahr sich hier aufhaltender Schlosser, der das Geld mit einem Mädchen bereits durchgebracht hatte. So ist es der hiesigen Kriminalpolizei durch intensives Nachforschen gelungen einen Fall aufzuklären, der fast keine Anhaltspunkte bot. Dieser Fall gibt einen interessanten Einblick in das Tätigkeitsfeld der Kriminalbeamten und zeigt wie man aus den kleinen Spuren den Täter erwischen kann. Es ist ein Bravourstückchen, das Anerkennung verdient.

Ulm, 6. April. (Das Elend der Provisionsreisenden.) Das Elend

---

Entlarvt!

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

44. Fortsetzung.

Miß Bayley hatte ihre Besorgnisse. Aber schließlich gab sie doch zu, daß es so das Beste sei, nachdem sie den Brief der Frau Hambach gelesen.

„Frau Hambach verkennt mich!" sagte sie leicht beleidigt. „Nicht aus Leichtsinn habe ich Erika begleitet, sondern im Gegenteil, aus ernstem Pflichtgefühl, um über ihr Wohl und Wehe wachen zu können."

„Wir wissen es, Miß Bayley," sprach Fritz bewegt, „und wir sind Ihnen von Herzen dankbar."

Gemeinsam begaben sie sich in das Haus zurück, wo Fritz an seine Eltern ein langes Telegramm richtete und Miß Bayley und Erika sich zur Abreise rüsteten.

Mit dem Schnellzuge, der mittags die Station passierte, reisten sie nach Berlin zu dem Oberamtmann Friedrich Born, dem Vater Fritzens.

18. Kapitel.

Der „schöne Stanislaus", wie ihn Erika in ihrem früheren Uebermut genannt hatte, saß auf der Veranda des Gutshauses und rauchte, nachdenklich gestimmt, eine Zigarette nach der andern, den Rest der aufgerauchten Zigaretten stets in weitem Bogen in den Park schleudernd.

Seine Mutter, Frau Julie von Prokowsky, stand an die Balustrade gelehnt und beobachtete ihren Sohn mit ängstlichen Blicken.

Frau Julie war trotz ihrer fünfundvierzig Jahre noch immer eine schöne Frau, wenn ihre einstige jugendliche Schlankheit auch einem behaglichen Embonpoint gewichen war. Aber das schwarze Seidenkleid — sie trug fast immer schwarz — umspannte knapp ihre volle Gestalt und ließ sie schlanker erscheinen als sie in der Tat war. Auch hob das Schwarz den immer noch zarten Teint ihres Gesichtes, dem Puder und Schminke allerdings nachhelfen mußten. Ihr reiches, schönes, blondes Haar schmiegte sich in sanfter Wellenlinie um ihr Antlitz, das dadurch mit seinen blauen Augen und dem süßlichmelancholischen Lächeln auf den Lippen einen madonnenartigen Eindruck machte.

Diese sanfte Schmiegsamkeit, diese süße Schmeichelei, diese melancholische Dulderinnenmiene hatte dadurch ihren leichtaufbrausenden, starrköpfigen Ehemann gezähmt, daß er schließlich ihr allen Willen tat.

Wer an dem Ruin der Familie mehr schuld war, der leichtsinnige, geschäftsunkundige Herr von Prokowsky oder Frau Julie, die aus Lässigkeit ihre Hausfrauenpflichten vernachlässigt und ihre Genugtuung in glänzenden Gesellschaften, in kostspieligen Toiletten und teuren Badereisen sah, wäre schwer zu entscheiden gewesen. Beide trugen die Schuld, nur büßte Frau Julie schwerer, da ihr Mann kurz nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch gestorben war und seiner Frau die Sorge überließ, sich mit den zwei Kindern durchs Leben zu schlagen.

Julie verstand das aber ausgezeichnet, indem sie die Hilfe und Mildtätigkeit wohlhabender Bekannten schlau auszunutzen wußte. So hatte sie ihre Tochter in einer reichen Familie als Gesellschafterin untergebracht, und ihrem Sohne hatte sie die Stellung im Hause ihrer Freundin Hambach geschaffen, in dem sie jetzt nach dem Tode des Gutsherrn auch eine behagliche Unterkunft gefunden hatte. Um so stärker erschrak sie, als ihr Stanislaus mitteilte, daß er Gut Hambach in der nächsten Zeit verlassen wolle.

„Was hat dich nur auf diesen unsinnigen Gedanken gebracht?" fragte sie ärgerlich.

„Mir gefällt es hier nicht mehr," entgegnete er nachlässig. „Der Zweck meines Hierseins ist ja doch verfehlt, seit Erika mir den unzweideutigen Korb erteilt und das Haus ihrer Mutter verlassen hat."

„Warte nur den Ausgang des Prozesses ab, dann wird sich alles klären. Wenn Born als Dieb entlarvt ist, dann wird Erika auch wieder zur Vernunft kommen, reumütig zu ihrer Mutter zurückkehren — und dann ist deine Zeit gekommen."

„Ach, dieser ekelhafte Prozeß!" rief Stanislaus unmutig aus. „Wenn Frau Hambach meinem Rate gefolgt wäre, hätte sie den Prozeß gegen Born gar nicht angefangen, sondern ihm eine nichtssagende Ehrenerklärung gegeben. Damit wäre die dumme Geschichte aus der Welt geschafft, und der Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben, wäre auf Born doch sitzen geblieben. Gesellschaftlich war er so gut wie tot — und das genügte vollkommen."

„Nicht für Erika — ihr mußte man sonnenklar beweisen, daß sie ihre Neigung einem Unwürdigen geschenkt hatte."

„Aber wenn Borns Schuld nicht bewiesen wird?"

„Die ist doch klar nach all den Umständen! Kein anderer kann der Dieb gewesen sein wie er."

„Das ist doch nicht entschieden," entgegnete Stanislaus mürrisch. „Doch lassen wir diesen Gegenstand fallen — dieses Heiratsprojekt ist nicht der einzige Grund, weshalb ich von hier fortmöchte. Oder kannst du mir tausend Mark vorschießen?"

„Bist du toll? — Woher soll ich das Geld nehmen? Hast du denn noch immer Schulden?"

„Ja —" erwiderte er lakonisch.

„Aber du schriebst mir doch, daß du nach dem Tode des Gutsherrn in eine Vertrauensstellung bei der Witwe gerückt seiest, die es dir binnen kurzem ermöglichen würde, den Rest deiner Schulden abzutragen."

„Ja — das war damals . . ."

„Nun, und jetzt, ist es da anders geworden? Ich denke, deine Stellung bei Frau Hambach ist eine noch bessere geworden."

„Persönlich wohl — aber nicht geschäftlich."

„Wie soll ich das verstehen?"

Stanislaus erhob sich und warf die kaum angebrannte Zigarette heftig zur Erde.

„Wenn du denn durchaus reinen Wein haben willst, so will ich ihn dir einschenken. Damals — nach dem Tode des Gutsherrn, überließ mir Frau Hambach die Rechnungsführung und die Wirtschaftskasse — da konnte ich mir immer helfen."

„Du hast doch nicht —?" sagte Frau Julie schreckensbleich.

„Gewiß ich habe aus der Kasse auch meine Bedürfnisse gedeckt . . ."

„Oh, Stanislaus!"

(Fortsetzung folgt.)

er Provisionsreisenden kam bei der Verhandlung gegen den ledigen, vielfach vorbestraften Willy Scheidig-von Oberroth so recht zur Vorführung. Eine Werbekolonne von zeitweise fünf und sechs Personen unter einem Oberleiter wird ohne Geld auf die Reise geschickt, um Staubsauger zu verkaufen. Staubsauger ist schließlich ein Artikel, den sich nicht jeder wegen der Kosten anschaffen kann und so ging das Geschäft natürlich schlecht und die Leute bekamen nur ein Geld, wenn sie Bestellungen nachweisen konnten. Der Angeklagte saß verschiedene Male mit seinen Leuten ganz trocken auf. Keiner hatte Geld. Er ließ sich verleiten, Bestellungen zu fälschen und zwar schrieb er falsche Namen auf die Bestellungen, so aus Söflingen, Biberach, Wiesensteig, von Eßlingen allein vier Namen. Als der Angeklagte seine Not schilderte, betonte der Vorsitzende, daß es gerichtsbekannt sei, daß die Provisionsreisenden sich oft in einer verzweifelt mißlichen Lage befinden und daß sie oft schwer Hunger leiden müssen. In zwei Fällen hat der Angeklagte Gelder, die ihm für andere übergeben wurden für sich verbraucht. Allerdings redete er sich damit hinaus, daß er dieses Geld schon längst für die Kosten ausgelegt hatte. Schließlich hat er den Vorführungsapparat noch Eßlingen verkauft und das Weite gesucht. Der Angeklagte wurde in drei fortgesetzten Fällen der Privaturkundenfälschung und in zwei Fällen der Unterschlagung schuldig gesprochen und erhielt sechs Monate Gefängnis. Ein Monat der Untersuchungshaft geht ab.

Ulm, 6. April. (Der Stadtbund lebt weiter.) Rechtsanwalt Wieland schreibt: Entgegen den in den Ulmer Tageszeitungen verbreiteten Mitteilungen wird hiermit festgestellt, daß der „Ulmer Stadtbund" nicht daran denkt, sich aufzulösen und daß Gemeinderat Hörz sein einziges Mitglied der früheren Fraktion nach wie vor seinen Mitgliedern die Treue halten wird. Von einer stürmisch verlaufenen Ausschußsitzung, von der gleichfalls die Rede war, ist dem „Stadtbund" nichts bekannt.

Ulm, 6. April. (Gemeinderat Götz vom Gewerbeverein ausgeschlossen). Wie das „Ulmer Tagblatt" zu melden weiß, hatte der Ausschuß des Gewerbevereins beschlossen, dem Fabrikanten und sozialdemokratischen Gemeinderat Julius Götz wegen seiner am 11. Nov. a. J. in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei gegen den Gewerbeverein gerichteten Angriffe die Mitgliedschaft des Gewerbevereins zu entziehen. Gemeinderat Götz hat gegen diesen Beschluß die Entscheidung der Mitgliederversammlung angerufen, die kürzlich im Sinne des Ausschußbeschlusses entschieden hat. Gemeinderat Götz ist damit aus dem Gewerbeverein ausgeschlossen.

Aalen, 6. April. (Verlegenheit.) Der Turmwächter der Stadtkirche mußte nach 30jähriger Tätigkeit altershalber seinen Hochsitz mit dem Altersheim vertauschen. Trotz Ausschreiben und Umfrage ergab sich, daß geeignete Bewerber sämtlich von der andern Konfession waren. Darob große Verlegenheit bei den Stadtvätern beider Konfessionen. Nicht einmal eine gemischte Ehe fand Gnade und als Ausweg will der Gemeinderat dem betr. Kirchenstiftungsrat empfehlen, elektrisches Geläute und ebenso Schlagwerk anzuschaffen. Aber die Feuerwache und die liebe alte Turmpoesie?

Mergentheim, 7. April. (Begehrter Posten — Rückstände in der Stadtpflege). Für die ausgeschriebene Stadtpflegerstelle haben sich 45 Bewerber aus ganz Württemberg gemeldet, darunter auch drei aus Mergentheim. Die Entscheidung hierüber wird in der nächsten Sitzung gefällt werden. — In der letzten Gemeinderatssitzung gab Stadtschultheiß Dr. Brönner bekannt, daß regierungsseitig von der Entsendung einer staatlichen Kommission zur Ordnung der Rückstände in der hiesigen Stadtpflege Abstand genommen und die Erledigung der Dinge der Stadtverwaltung selbst überlassen worden sei. Es wird jetzt festgestellt, daß sich die Außenstände von 1924 bis 1927 nicht auf 300 000 Mk., sondern auf 128 000 Mk. belaufen.

Baden.

Bonndorf, 4. April. Auf der Straße zwischen Ewattingen und Münchingen stieß heute früh das Postauto der Linie Bonndorf—Donaueschingen mit einem Lastwagen zusammen. Dieser wurde den steilen Abhang hinuntergeworfen und zertrümmert. Der Unfall verlief glücklicherweise ohne Folgen für die Insassen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Singen, 6. April. Der aus Singen gebürtige Flugzeugführer Karl Bader beabsichtigt im Juni d. J. einen neuen Amerikaflug in Ostwest-Richtung zu unternehmen. Als Flugzeug dient eine einmotorige Junkersmaschine vom Typ der „Bremen". Der Start soll in Mitteldeutschland erfolgen, als Ziel ist Chicago in Aussicht genommen worden. Bader wird von dem Funker Oskar Wernecke von der Funkstelle in Erfurt begleitet sein. Das Flugzeug soll den Namen „Baden" tragen. Der wagemutige badische Pilot beabsichtigt auf seinem Nonstopflug über den Atlantik auch den Langstreckenflugrekord zu brechen, der bisher von dem Italiener Ferrari mit 7300 Km. (Rom—Bahia) gehalten wird. Bader war schon im Sommer 1928 neben Ristic als zweiter Pilot für den von der Wiener Schauspielerin Frau Dillenz geplanten Ozeanflug in Aussicht genommen. Die Finanzierung des Flugs erfolgt zum größten Teil durch private Spenden. Bader ist als Verkehrsflieger im letzten Jahre auf der Strecke Schwarza—Erfurt—Meiningen geflogen und als erfahrener Streckenflieger bekannt geworden. Die Verwaltung der eingehenden Gelder hat der Bürgermeister von Singen, Dr. Kaufmann, übernommen.

Heidelberg, 5. April. Am hellen Nachmittag wurde in einem Juweliergeschäft in der Hauptstraße, dessen Werkstatt ziemlich weit hinter dem Laden liegt, der Schaufensterkasten geöffnet und daraus ein großer Bestand von Damen- und Herrenuhren im Gesamtwert von 4300 Mark entwendet. Bis der Ladeninhaber erschien, waren die Gauner verschwunden. Als Täter kommen 2 Männer im Alter von 25 und 28 Jahren in Frage, die schriftdeutsch und französisch sprechen.

Vermischtes.

Am „Marterpfahl". Die überhitzte Phantasie einer Knabenschar, durch die Schundliteratur dazu verleitet, hätte in Sangerhausen fast ein gräßliches Unglück herbeigeführt. In dem Birkenwäldchen des Rosariums spielten eine Anzahl Jungen Indianer und hatten dabei einen unbeteiligten Knaben „gefangen genommen", der an einen Baum gebunden wurde. Um ihn herum schichteten sie Reisig auf und zündeten es an. Hinzueilende Spaziergänger, durch die Hilferufe aufmerksam geworden, konnten das brennende Reisig auseinanderreißen und das Kind vor dem Verbrennungstode bewahren. Der Knabe hatte außer dem ausgestandenen Schrecken bereits einige Brandwunden und eine versengte Kleidung davongetragen.

Verurteilung wegen Falschmünzerei. Wegen Falschmünzerei wurde in Fulda der 25jährige polnische Landarbeiter Stanislaus Czuprinski aus Warschau zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, weitere 5 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 3 bis 12 Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Mit Ausnahme des Chauffers Eduard Platek aus Bremen setzte sich die Fälscherbande durchweg aus polnischen Landarbeitern bezw. Landarbeiterinnen zusammen, die auf der preußischen Domäne Ziehers beschäftigt waren. Die Falschstücke, es handelt sich um 1, 2, 3 und 5 Markstücke, wurden von Czuprinski hergestellt und von den anderen Mitgliedern der Bande in Fulda und Umgebung längere Zeit hindurch in ziemlich bedeutenden Mengen in Umlauf gebracht.

10 Grad Kälte im Vogtland. Das Vogtland hatte am Samstag 10 Grad Kälte. Das ist die niedrigste Temperatur im April seit 100 Jahren im Vogtland.

Das Landhaus Mendelssohn-Bartholdys niedergebrannt. In dem in dem Hamburgischen Walddorf Wohldorf-Ohlstedt gelegenen Landhaus des Universitätsprofessors Dr. Mendelssohn-Bartholdy kam aus bisher noch unaufgeklärter Ursache ein Feuer zum Ausbruch, durch das der größte Teil des annähernd 200 Jahre alten Bauernhauses bis auf den Grund eingeäschert wurde. Die reichhaltigen wissenschaftlichen Sammlungen, Bücher und Handschriften konnten von der Ortsfeuerwehr geborgen werden. Mit Unterstützung der Hamburger Berufsfeuerwehr wurde der Brand bald eingedämmt und gelöscht. Das Mobiliar ist zum größten Teil durch Feuer und Wasser zerstört, oder unbrauchbar geworden.

Eine Fischertragödie. Ein schweres Fischerunglück, bei dem 4 Fischer den Tod in den Wellen fanden, ereignete sich in der Nacht zum Samstag in der Ostsee, einige Kilometer von Ahlbeck. Beim Auslegen der Netze wurde ein Fischerboot von einer Bö überrascht und zum Kentern gebracht. Alle vier Insassen sind nach einem verzweifelten Kampf mit den hochgehenden Wellen ertrunken. Es handelt sich um 4 Ahlbecker Fischer, die sämtlich Familienväter sind und insgesamt 13 Kinder hinterlassen. Das Unglücksboot wurde am Samstag bei Ahlbeck an den Strand getrieben. Von den Leichen konnte noch keine geborgen werden.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Saatenstand in Württemberg zu Anfang April 1929. Landesdurchschnitt (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gleich gering, 5 = sehr gering): Winterweizen 2,8 (Dezember 1928 2,4), Winterdinkel 2,7 (2,4), Winterroggen 2,6 (2,4), Wintergerste 2,7 (2,4). Der Winter 1928/29 war von einer Strenge, wie seit dem Winter von 1879/80, der nächst demjenigen von 1829/30 der kälteste des ganzen vorigen Jahrhunderts war, keiner zu verzeichnen war. Auch dauerte er ungewöhnlich lange, bis in den Monat März hinein, an. Mehrmals sank die Temperatur in den mildesten Gegenden (Stuttgart und Heilbronn) bis auf —23 Grad, in den kältesten bis auf —34 Grad. Glücklicherweise lag während der ganzen Kälteperiode selbst in den milderen Gegenden eine Schneedecke auf den Feldern, die erst nach Eintritt milderer Witterung zu Beginn der zweiten Märzwoche allmählich abging. Die Wintersaaten sind trotz der großen Kälte gut durch den Winter gekommen und zeigen ein befriedigendes Wachstum. Nur an Stellen, die durch den Einfluß von Sonne oder Wind von Schnee entblößt waren, treten Frostplatten auf und werden Neubestellungen notwendig werden. Auch sind mancherorts die Saaten durch zu lang dauernde Schneedecke erstickt. Nicht so gut sind die Obstbäume weggekommen. Manche Kern- und Steinobstbäume sind durch die Kälte rissig geworden und auch durch Erfrieren von Knospen ist zweifellos Schaden entstanden. Die Reben, vor allem diejenigen, die nicht gedeckt waren, haben ebenfalls gelitten. Doch läßt sich der bei den Obstbäumen und den Weinbergen entstandene tatsächliche Schaden zurzeit noch nicht zutreffend feststellen. Die Bestellung der Sommersaaten ist bis jetzt erst in den milderen Gegenden vorangeschritten, im übrigen aber noch weit zurück oder noch kaum in Angriff genommen, denn bei dem sehr tief — nicht selten bis zu ein Meter — gegangenen Frost fehlt es noch immer an der genügenden Erwärmung des Bodens. Trotz der Schneedecke, die auf den Feldern ruhte, ist, da der Schnee größtenteils bei gefrorenem Boden abging, nicht allzuviel Winterfeuchtigkeit vorhanden und es werden bereits Befürchtungen wegen eines trockenen Frühjahrs laut; ein warmer, durchdringender Regen wäre dringend erwünscht. Stellenweise treten bereits wieder Mäuse, besonders an Klee und Luzerne, schädigend auf.

Württ. Nadelstammholzverkäufe. Aus den Staatswaldungen wurden in letzter Zeit folgende Durchschnittserlöse in Prozenten der Landesgrundpreise erzielt: Im Forstamt Enztlösterle für 50 Fm. Fichten und Tannen 107 Proz. und für 42 Fm. Forchen 113 Proz.; aus weiteren Schwarzwaldforstbezirken für 602 Fm. Fichten und Tannen 110 Proz. und für 67 Fm. Forchen 109 Proz., für 1749 Fm. Fichten und Tannen 109 Proz. und für 239 Fm. Forchen 102 Proz.; im FA. Sindelfingen für 391 Fm. Fichten und Tannen 115 Proz. und für 52 Fm. Forchen 119 Proz.; im Oberförsterrevier Sternenfels für 42 Fm. Fichten und Tannen 113 Proz. und für 36 Fm. Forchen 109 Proz.; im FA. Schöntal mit Oberförsterrevier für 285 Fm. Fichten und Tannen 120 Proz. und für 25 Fm. Forchen 121 Proz., für 346 Fm. Fichten und Tannen 118 Proz. und für 28 Fm. Forchen 122 Proz.; im FA. Einsiedel für 309 Fm. Fichten 114 Proz. und für 258 Fm. Forchen 116 Proz.; im FA. Gerabstetten für 178 Fm. Fichten und Tannen 115 Proz. und für 291 Fm. Forchen, teilweise mit sehr ungünstiger Abfuhr 103 Proz.; im FA. Lorch für 65 Fm. Fichten und Tannen 111 Proz.; aus weiteren Forstbezirken des Nordostlands für 1565 Fm. Fichten und Tannen 107 Proz., für 128 Fm. desgl. 109 Proz., für 72 Fm. desgl. (Ausschuß und schwierige Abfuhr) 101 Proz., für 85 Fm. Forchen 105 Proz. und für 38 Fm. Weimutsforchen 101 Proz.; im FA. Tuttlingen für 196 Fm. Fichten und Tannen 107 Proz. und für 20 Fm. Forchen 108 Proz., im FA. Balingen für 564 Fm. Fichten und Tannen 106 Proz.; im FA. St. Johann für 452 Fm. desgl. 108 Proz. und für 13 Fm. Forchen 106 Prozent; aus weiteren Altforstbezirken für 773 Fm. Fichten und Tannen 106 Proz., für 588 Fm. desgl. 111 Proz., für 55 Fm. Forchen 113 Proz. und für 17 Fm. desgl. 100 Proz.; im FA. Wiblingen-Ulm für 60 Fm. Fichten und Tannen 106 Proz.; aus weiteren oberschwäbischen Forstbezirken für 289 Fm. Fichten und Tannen 102 Proz., für 142 Fm. desgl. (vom Sommer 1928, teilweise zerstreut liegend) 95 Proz., für 2390 Fm. Fichten und Tannen und 505 Fm. Forchen 101 Proz. und für 248 Fm. Forchen 100 Prozent.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 7. April. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am Samstag, 6. April nachmittags 14.50 Uhr ist der Personenzug 639 Stuttgart—Heilbronn bei der Einfahrt in den Bahnhof Backnang auf den dort zur Abfahrt bereitstehenden Güterzug 8000 Backnang—Untertürkheim aufgefahren. Dabei sind 10 Reisende leicht verletzt worden, weitere 14 klagten über Kopf- und Rückenschmerzen. Die beiden Lokomotiven, drei Personen- und drei Güterwagen sind leicht beschädigt worden. An dem Gleis ist kein Schaden entstanden. Der Bahnarzt war sofort zur Stelle und legte den Leichtverletzten Notverbände an. Sämtliche Reisenden konnten die Fahrt mit 40 Minuten Verspätung fortsetzen. Der Unfall wurde dadurch veranlaßt, daß die diensttuenden Beamten des Bahnhofs Backnang dem Personenzug die Einfahrt auf das besetzte Gleis versehentlich freigaben. Der Materialschaden ist gering.

Stuttgart, 7. April. Der württembergische Haushaltplan schließt bei 161,9 Millionen Reinausgaben und 152 Millionen Reineinnahmen mit einem Fehlbetrag von 9,9 Millionen.

Darmstadt, 8. April. Am Sonntag abend gegen 8 Uhr wurde auf dem Übergang der Kreisstraße bei Babenhausen an der Strecke Hanau—Eberbach der Personenkraftwagen der Familie Hauck aus Schaafheim, Kreis Dieburg, von einem Personenzug überfahren. Zwei der Insassen wurden getötet, drei schwer verletzt.

Darmstadt, 8. April. Weitere heftige Schneefälle sind in der vergangenen Nacht in großen Teilen von Nur-Hessen niedergegangen. Auf dem Meßner, dem erhabensten der hessischen Berge, wurden in der vergangenen Nacht 10 Grad unter Null gemessen. Die Schneefälle haben vielfach Verkehrsstörungen zur Folge gehabt.

Wetter b. Hagen i. W., 7. April. Mehrere jüngere Leute hatten in einer hiesigen Wirtschaft am Samstag abend gezecht und gespielt und dann das Lokal verlassen. Um 1 Uhr kehrten sie jedoch zurück und verlangten trotz Eintritts der Polizeistunde nochmals Einlaß. Die Einlaßverweigerung des Wirtes brachte zwei der Burschen in Raserei. Sie drangen mit Gewalt in das Lokal und zertrümmerten das Mobiliar. In der Notwehr schoß der Wirt einen der Angreifer nieder. Der Verletzte hat einen Beckenschuß erhalten, an dessen Folgen er im Krankenhaus Sonntag vormittag gestorben ist.

Eisenberg in Thür., 8. April. Die Stadt baut eine Kläranlage, die am 1. Oktober fertig sein wird. Zur Deckung der Kosten sollen die Kanalgebühren um das Mehrfache erhöht und eine besondere Steuer von jeder W.C.-Anlage erhoben werden.

Berlin, 7. April. Reichspräsident von Hindenburg hat in den letzten Tagen unter einem Grippeanfall mit Magenstörung gelitten, den er aber gut überwunden hat. Der Reichspräsident, der auch während dieser Erkrankung die laufenden Geschäfte weitergeführt hat, hat seit Samstag wieder die regelmäßigen Vorträge entgegengenommen, muß sich aber in der nächsten Zeit in Empfängen und Ausgängen noch gewisse Zurückhaltung auferlegen.

Wesselburen, 7. April. Bei dem Hofbesitzer Lorz und dem Kreisdeputierten Husemann in Wesselburen wurden in der Samstag Nacht Handgranaten gegen die Fenster der Wohnräume geschleudert. In beiden Fällen sind jedoch die Handgranaten nicht explodiert, sodaß nur Schäden an den Fensterscheiben angerichtet wurden. Oberstaatsanwalt Nordenskjöld-Flensburg nahm heute den Tatort in Augenschein. Zur Sicherung der Ordnung ist ein Kommando Schutzpolizei in Wesselburen eingetroffen.

Fürstenberg a. O., 7. April. Im Bereich der Grube Finkenherd waren heute vormittag fünf Arbeiter mit dem Graben eines Abflußkanals beschäftigt. Als der D-Zug Breslau—Berlin den geschaffenen unterirdischen Gang passierte, stürzte der Stollen durch die Erschütterung in sich zusammen. Die fünf Arbeiter wurden verschüttet. Ein Mann konnte gerettet werden, während die vier anderen nach mehrstündiger Arbeit nur tot geborgen werden konnten.

Paris, 7. April. In der Reparationskonferenz wurden am Samstag nachmittag die Verhandlungen über die Ziffern vorläufig abgebrochen. Die Forderungen der Gläubigerstaaten sind unannehmbar.

Offenbe, 7. April. Das Stadttheater ist durch eine Feuersbrunst teilweise zerstört worden. Man nimmt an, daß das Feuer schon nach Schluß der gestrigen Vorstellung ausgekommen ist. Der Brand wurde aber erst heute morgen bemerkt.

Stockholm, 7. April. Infolge schwerer Verluste, die sie bei der Gewährung von Krediten auf Grundstücke außerhalb Stockholms erlitten, sehen sich vier schwedische Sparbanken gezwungen, morgen ihre Zahlungen einzustellen. Die Regierung trifft Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Einleger. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dürfte die wirtschaftliche Lage des Landes durch die Schließung der Banken nicht wesentlich beeinflußt werden.

Washington, 7. April. Anläßlich der Verwundung von vier amerikanischen Soldaten durch die mexikanischen Rebellen in den Gefechten bei Naco wird hier darauf hingewiesen, daß etwa 10000 Mann amerikanischer Truppen in der Nähe der mexikanischen Grenze stehen und daß weitere Grenzübertritte deren Einmarsch nach sich ziehen würden.

Landesparteitag der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 7. April. Die Deutsche Volkspartei hielt am Samstag und Sonntag ihren diesjährigen Landesparteitag ab. Bei der Vertreterversammlung am Samstag begrüßte der Landesvorsitzende, Schultheiß Rath-Lustnau, die aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich erschienenen Parteifreunde, insbesondere den Vertreter des Reichsparteivorstandes, den Abgeordneten Thiel-Berlin. Er wies auf die Bedeutung der Tagung hin und betonte den ernsten Willen der Partei, unserem Volke nach Kräften zu dienen. Hierauf nahm Abg. Rath das Wort zu seinem Vortrag über die Arbeit der D. Vp. im württembergischen Landtag und die Frage der Regierungsumbildung. Er führte dabei aus: Der Einfluß der Deutschen Volkspartei ist bei der Zusammensetzung des Landtags, wie er sich nach der Entscheidung des Reichsstaatsgerichtshofes ergibt, ein geringerer als bisher, da unsere Unterstützung nicht mehr ausreicht, um eine Mehrheit für die derzeitige Regierung sicherzustellen. Die Entscheidung über das Schicksal der derzeitigen Regierung steht fast in stärkerem Maße bei den Gruppen des Christl. Volksdienstes, der Aufwertungspartei und dem Vertreter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die an sich in der Lage wären, mit 41 Stimmen eine Mehrheit von rechts ohne uns sicherzustellen. Es ist aber anzunehmen, daß diese Parteien zwar eine Rechtsregierung einer Linksregierung vorziehen, daß sie aber aus agitatorischen Rücksichten gerne außerhalb jeder Verantwortung blieben. Die eigene Landtagsfraktion wäre verantwortungsbereit gewesen und wäre vor dem Eintritt in die Regierung unter den bisherigen Stärkeverhältnissen nach Erfüllung gewisser Forderungen nicht zurückgeschreckt. Die noch ausstehende Entscheidung des Staatsgerichtshofs hat uns aber bestimmt, die Verhandlungen hinhaltend zu führen. Hätte die Entscheidung sich in anderer Richtung bewegt, so hätten wir uns wohl bei Bewilligung einer Anzahl von Forderungen uns für den Eintritt in die Regierung entschlossen. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs liegen die Dinge aber anders und wir können einen Eintritt in die Regierung ohne die nötige Rückendeckung nicht mehr riskieren. Ob wir eine solche Rückendeckung im Christlichen Volksdienst und den beiden neuen Gruppen sehen können, ist zum mindesten zweifelhaft. Wir sind also, wenn die Regierungsparteien uns um unseren Eintritt angehen, genötigt, ihnen zu raten, sich noch nach anderer Richtung umzusehen. Dabei werden die Wege nach links, d. h. zu den Demokraten führen müssen. Wir glauben, daß wir gerade in dieser Partei eine Stärkung auch unserer Position in der Regierung sehen dürften. Wir nehmen keinen Anstand, uns an einer Regierung zu beteiligen, die von rechts bis zu den Demokraten reichen würde, ganz gleichgültig, ob wir daran eitel Freude empfinden. Die Zusammensetzung einer solchen Regierung würde in weitgehendem Maße Gewähr in sich tragen, daß eine Politik der mittleren Linie eingeschlagen würde. Es sind auch in der Demokratie zweifellos Kräfte am Werk, die für eine solche Erbreiterung der Regierung zu haben wären. Die sachlichen Gegensätze zwischen der Rechten und den beiden liberalen Parteien scheinen heute nicht unüberbrückbar zu sein, da die jetzige Regierung offenbar die Absicht hat, in schulpolitischen Fragen entgegenzukommen. Dasselbe gilt von dem Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden, auf dem Gebiet der Schule, der Straßenunterhaltung und der Fürsorgeaufgaben. Alle parteitaktischen Erwägungen müßten hinter die Forderung der Schaffung einer aktionsfähigen Regierung zurücktreten. Die Regierung müßte jetzt selbst die Initiative ergreifen, um eine Erbreiterung ihrer Basis zu erreichen. Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen sprach Reichstagsabgeordneter Hofrat Bickes über „Probleme der Reichspolitik". Er führte dabei aus, daß die großen Aufgaben, die dem Reichstag gestellt sind, nur dann befriedigend gelöst werden können, wenn eine starke Regierung vorhanden ist. Diese im Rahmen der Großen Koalition zu schaffen, zwingt das Gebot der Stunde. Die Deutsche Volkspartei ist zur Mitarbeit bereit, wenn nicht Unmögliches und für das deutsche Bürgertum Unerträgliches von ihr gefordert wird. Als dritter und letzter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Otto Thiel über das Thema: „Wie kommen wir zu einer großen Volkspartei". Die gedankenreichen und rethorisch glänzend vorgetragenen Ausführungen machten auf die Versammlung einen nachhaltigen Eindruck und wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Hierauf wurde in die allgemeine Aussprache eingetreten. In ihrem Verlauf wurde aus der Mitte der Versammlung eine

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kundgebung gegen die Kriegsschuldlüge vorgetragen, die von der Versammlung einmütig gebilligt wurde. Zu den Fragen der Reichs- und Landespolitik wurden folgende 2 Entschließungen (die erstere mit allen gegen eine Stimme, die zweite einstimmig) angenommen: 1. Die in Stuttgart tagende Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei hat zur politischen Lage Württembergs Stellung genommen und folgende Erklärung beschlossen: 1. Die Umbildung der jetzigen Minderheitsregierung durch Erbreiterung ihrer Basis nach links bis zu den Demokraten ist dringend geboten und entsprechend den allgemeinen parlamentarischen Grundsätzen zur Schaffung klarer Verantwortlichkeiten im Lande unverzüglich einzuleiten. 2. Wir richten an die Regierung die dringende Aufforderung, in dieser Richtung alsbald tätig zu sein. — 2. Der Vertretertag dankt der Reichstagsfraktion für ihre entschiedene Haltung in der Frage des Ausgleichs des Reichsetats und begrüßt die Reformvorschläge zur Einschränkung von Regierungskrisen und zur Vermeidung einer schrankenlosen Ausgabenwirtschaft. Den Parteiführer Dr. Stresemann versichert die Landespartei ihres uneingeschränkten Vertrauens und verspricht ihm auch für die Zukunft treueste Gefolgschaft.

Am Sonntag vormittag fand im großen Saal des Stadtgartens die öffentliche Landesversammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Der Landesvorsitzende Abg. Rath sprach herzliche Begrüßungsworte, worauf der Etatreferent der Deutschen Volkspartei im Reichstag, Reichstagsabgeordneter Dr. Cremer, sprach, wobei er sich besonders auch über die Verhandlungen der Haushaltssachverständigen zur Deckung des Defizits im Reichshaushalt aussprach. Der Redner führte aus, daß die heutige Not in Deutschland, verglichen mit der Not des Sommers und Herbstes 1923, uns zu dem Schluß veranlaßt, daß wir auf dem von Stresemann eingeschlagenen Weg ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Die Krise des Vertrauens, aus der das deutsche Volk sich emporarbeiten muß, geht hauptsächlich hervor aus der Schwierigkeit unserer außenpolitischen Lage. Der Dawesplan hat uns gewiß große finanzielle Erleichterungen gebracht und auf manchem Gebiet eine wirtschaftliche Rekonstruktion ermöglicht, besonders in der Industrie, im Bank- und Geldwesen. Die Landwirtschaft, das Gewerbe und das Handwerk, hatten aber nicht die Möglichkeit zur Umstellung und leiden unter der Not der Kapitalversorgung. Es war notwendig, zur rechten Zeit an eine Revision des Dawesplanes heranzutreten. Die Verhandlungen, die heute in Paris im Zuge sind, zeigen, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch draußen in der Welt weitestre Kreise zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß dieser Dawesplan zwar für eine Uebergangszeit, aber nicht als Dauerzustand geeignet ist, weil die vorgesehenen Leistungen über die Leistungsfähigkeit des deutschen Steuerzahlers hinausgehen. Von den Verhandlungen in Paris ist mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß eine Lösung gefunden wird, daß wenigstens für eine Reihe von Jahren die deutschen Leistungen so erheblich unter denen des Dawesplanes festgelegt werden, daß wir hoffen dürfen, die dann noch verbleibenden Restleistungen aus unserer Steuerlast begleichen zu können. Der Nachdruck der Verhandlungen ist darauf zu legen, daß Deutschland wenigstens in den ersten 15 Jahren so stark wie möglich erleichtert wird. Wir sind also durchaus in der Lage, die Reparationsfrage mit einem gewissen Optimismus anzuschauen. Ein Pariser Gutachten, unter dem die Namen der Spitzen der deutschen Wirtschaft stehen, wird von Deutschland nicht mit der Behauptung abgelehnt werden können, daß die vorgeschlagenen Leistungen die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen. Mit der Entscheidung der Reparationsfrage ist die Entscheidung über die Rheinlandräumung eng verbunden. Von Gott und rechtswegen und nach dem inneren Zwang der politischen Entwicklung muß der Mann, der die Reparationsfrage löst, auch die Befreiung des Rheinlandes verantwortlich zeichnen. Die Partei darf ihm daher die Treue nicht versagen. Von der Reparationsfrage führt der Weg in die Not unserer Wirtschaft, unseres Finanzlebens hinein. In diesem Zusammenhang besprach der Redner die in den letzten Tagen stattgefundenen Verhandlungen der Finanzsachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayer. Volkspartei über die Deckung des Defizits im Reichshaushalt von 380 Millionen Mark. Das ursprüngliche Programm der Deutschen Volkspartei lautete: Etatabstriche in Höhe von 200 Millionen Mark und Kürzung der Reichssteuerüberweisungen in Höhe von 180 Millionen Mark. Der erste Teil ist nicht nur erfüllt, sondern sogar überschritten. Neben der Ersparung von 180 Millionen Mark durch Kürzung von Etatspositionen handelt es sich um 70 Millionen Mark vermehrter Bezüge des Reichs aus seinen Einnahmequellen durch Höherbewertung der Tabaksteuereinnahmen und 35 Millionen Mark Mehrablieferung der Reichspost ohne Erhöhung der Reichsposttarife. Es verbleibt ein ungedeckter Abmangel von 130 Millionen Mark, zu dessen Deckung die Deutsche Volkspartei eine weitere Kürzung der Reichsüberweisungen, ferner eine Besteuerung der öffentlichen Hand vorgeschlagen hat. Mit diesen Vorschlägen ist sie aber nicht durchgedrungen. Das Defizit soll jetzt gedeckt werden durch Erhöhungen der Branntweinmonopolabgabe in Höhe von 90 Millionen Mark und durch eine einmalige Vermögenssteuernachzahlung in Höhe von 40 Millionen Mark. Der Redner teilte noch mit, daß eine Verständigung unter den Parteien darüber erzielt worden ist, daß das Verlustsaldo der letzten 2 Jahre vorgetragen werden darf, so daß ein Gewerbetreibender, der 1928 und 1929 mit Verlust, 1930 aber mit Gewinn abschließt, entsprechende Abzüge machen darf und 1930 nur für den verbleibenden Mehrgewinn steuerpflichtig ist. Weiter teilte der Redner mit, daß das Reich einer Lösung der Postabfindungsfrage in dem Sinn zugestimmt hat, daß ein geschätzter Abfindungsbetrag nachträglich von 1921 ab verzinst wird und die rückständigen Zinsen an Bayern und Württemberg bezahlt werden. Für Bayern macht das einen Betrag von 18 Millionen Mark aus. Not tut eine organische Reichsreform, die aber erst erfolgen kann, wenn die Reparationsfrage endgültig geklärt und das Verhältnis zwischen Reich und Ländern staatsrechtlich und finanzpolitisch einer endgültigen Festlegung unterzogen ist. Der Redner erntete lebhaften Beifall, worauf der Vorsitzende die Versammlung mit Dankesworten schloß.

Die Demokratie zur innerpolitischen Lage.

Die Deutsch-demokratische Partei Württembergs hielt am 7. April in Stuttgart unter der Leitung des stellv. Parteivorsitzenden Abg. Johannes Fischer, eine aus dem ganzen Lande sehr stark besuchte Landesausschußtagung. Generalsekretär Hopf legte in klaren, eindrucksvollen Ausführungen die augenblickliche innerpolitische Lage in Württemberg dar. Er wies darauf hin, daß die Regierung in Württemberg keine Mehrheit besitze und infolgedessen in ihrer Aktionsfähigkeit in unzuträglicher Weise gehemmt sei. Sie sei überdies nicht verfassungsgemäß, da ihr das in der Verfassung vorgeschriebene Erfordernis — das Vertrauen des Landtags — fehle. Der Redner erörterte sodann die verschiedenen Möglichkeiten einer Regierungsumbildung, deren Notwendigkeit auch von den Regierungsparteien selbst nunmehr eingesehen werde. Bei der Wahl im Mai 1928 hatte sich die Mehrheit der württembergischen Wählerschaft gegen die damalige Regierung Bazille-Bolz ausgesprochen. Die nachher gebildete Regierung wies jedoch nur eine Firmenänderung auf. Sie entsprach in keiner Weise dem deutlich kundgegebenen Willen der großen Mehrheit der württembergischen Wählerschaft. Die Deutsch-demokratische Partei ist schon damals für die große Koalition eingetreten, was allein dem Sinn der Wahl entspreche. An der Weigerung des Zentrums sei diese Lösung gescheitert. Die Deutsch-demokratische Partei hält auch heute noch ihren damals eingenommenen Standpunkt aufrecht. Die Rede des Generalsekretärs fand den lebhaften Beifall der Versammlung. In der darauf einsetzenden, überaus aufschlußreichen Aussprache kam eine völlige Einmütigkeit in der Richtung zum Ausdruck, daß eine Regierungsneubildung nicht zu umgehen sei, weil das Interesse des Landes stabile Regierungsverhältnisse erfordert. Allgemein wurde das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei begrüßt. Verschiedene Redner wiesen auch darauf hin, daß die durch die bisherigen Verhältnisse begünstigte Machtstellung des Zentrums in Württemberg weder in der Stimmung des großen Teils des württembergischen Volkes noch auch in dem Zwang der Tatsachen begründet sei. Der Landesausschuß hält im Hinblick auf das Urteil des Staatsgerichtshofs und auf die bevorstehende Haushaltberatung eine beschleunigte Umbildung der Regierung in Württemberg für dringend geboten und erwartet, daß sie im Sinne der großen Koalition vor sich geht.

Annahme der Sachverständigenvorschläge im Reichskabinett.

Berlin, 7. April. Das Reichskabinett trat am heutigen Sonntag unter dem Vorsitz des wiedergenesenen Reichskanzlers zu seiner ersten Sitzung nach Ostern zusammen. Es beschäftigte sich mit den Vorschlägen, welche von den Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam vereinbart waren. Das Reichskabinett beschloß nach eingehender Prüfung, im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten insbesondere die rasche Erledigung des Etats unter Zurückstellung seiner Bedenken auf den Boden dieser Vorschläge zu treten.

Der Täter von Baranowicze gestorben.

Warschau, 7. April. Der ehemaligen Beamte der sowjetrussischen Handelsmission in Berlin, Atanosowitsch, der kürzlich in der Polizeiwachstube des Bahnhofs Baranowicze auf zwei polnische Staatsbeamte schoß, von denen der eine seinen Verletzungen erlag, ist am Samstag im Krankenhaus von Baranowicze plötzlich gestorben. Polnischen Nachrichten zufolge wurde Atanosowitsch von einer schweren Nervenkrise ergriffen und erlag bei einem zweiten Anfall einem Herzschlag. Beim Eintritt des Todes weilte ein Arzt an seinem Krankenlager.

Zwischenfall in der Chesapeake-Bay.

Baltimore, 7. April. Nach einer Meldung der „Baltimore Sun" ist am Freitag in der Chesapeake-Bay der mit einer Ladung Bananen auf dem Wege nach Baltimore befindliche norwegische Dampfer „Juan" etwa 2 Stunden lang von dem amerikanischen Zollkutter verfolgt und mehrmals beschossen worden. Das amerikanische Schiff gab, wie der Lotse des „Juan" sagte, 5 Schüsse ab, von denen 2 scharf an dem norwegischen Schiff vorbeigingen. Die amerikanischen Küstenwächter kamen sodann an Bord des „Juan" und verlangten die Schiffspapiere. Sie erklärten, daß sie die Deklarierung der Ladung als Bananen für unzuverlässig hielten. Der Kapitän des norwegischen Dampfers hat sich bei dem norwegischen Konsul in Baltimore über den Vorfall beschwert.

Sportecke.

Handball. Die Handballmannschaft des T.V. Neuenbürg gewann gestern gegen die Handballmannschaft des T.V. Enzmühl in Neuenbürg 2:0. R.

Fußball. In der Runde der Meister verlor gestern der württembergisch Meister, Germania Brötzingen, auf seinem eigenen Platze gegen den nordbayerischen Meister, 1. FC. Nürnberg, mit 0:2, Karlsruher F.V. und Wormatia Worms spielten unentschieden 1:1, während Eintracht Frankfurt wiederum von V. f. L. Neckarau mit 2:4 geschlagen wurde.

Doppelrunde der Zweiten und Dritten in Abt. Südost: Stuttgarter Kickers — Phönix Karlsruhe 1:2, Schwaben Augsburg — V. f. B. Stuttgart 1:4, A. S.V. Nürnberg — Sp.Vgg. Fürth 1:6, 1860 München — 1. F.C. Freiburg 6:4. — Abt. Nordwest: V. f. R. Mannheim — F.Sp.V. Frankfurt 2:3, Mainz 05 — Sp.V. Waldhof 6:6, Neu-Isenburg — F.C. Idar 6:2, Saar Saarbrücken — Union Niederrad 0:1.

Privat- und Pokalspiele: Villingen — V. f. B. Heilbronn 5:2, Jahn Regensburg — V. f. R. Fürth 5:3, Wacker A.C. — Bayern München 5:5, Sp.Vgg. Schramberg — Sportklub Stuttgart 4:1, Union Böckingen — Sportfreunde Stuttgart 4:1, Hamburg Sp.V. — D. F.C. Prag 2:1, Ulmer F.V. 94 gegen F.V. Zuffenhausen 5:3. R.

Postkarten, Kunst- und Blumen-Karten
in schöner Ausführung zu haben in der
C. Meeh'schen Buchhandlung.

Herrenalb.
Ein ordentlicher und kräftiger
Junge
kann in die Lehre eintreten bei
Fr. Wörner,
Küfermeister.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.

Aus dem Nachlaßkonkurs des **Friedrich Echer**, gew. Automechanikers hier, kommen am

Donnerstag den 18. April 1929, nachmittags 3 Uhr,

bei Gebäude 140, Gernsbacherstraße, die beweglichen Sachen zur **Versteigerung** gegen Barzahlung, so die **Werkstätte-Einrichtung mit 1 Bergmannmotor (2 PS., Type 3) samt Riemen und Vorgelege, 1 Drehbank, 1 Amboß, 1 Feldschmiede, die Werkbänke, eine Anzahl Werkzeuge verschiedener Art, sowie Altmaterial an Eisen, Gummi und Fässern, 1 Benzkraftwagen (8/20 PS.), 1 Motorrad NSU, mehrere Damen- und Herren-Räder und mehrere Auto-Reifen, Auto- und Fahrrad-Bestandteile, Schneeketten, 1 Vulkanisator und anderes, 1 Minimax, 1 Sekretär.**

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung des württ. Innenministeriums und des Gemeinderats Loffenau ist die

ortspolizeiliche Vorschrift

betr. die **Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit in Loffenau** unter'm 12. Februar 1929 geändert worden. Dieselbe lautet in ihrer neuen Fassung:

§ 1.

„Innerhalb des Ortsetters der Gemeinde Loffenau wird die Höchstgeschwindigkeit für sämtliche Fahrzeuge auf **20 Klm.** in der Stunde festgesetzt. Dies gilt auch für **Kraftfahrzeuge** bis zu 5,5 Tonnen Gesamtgewicht."

Diese Vorschrift hat das Oberamt Neuenbürg mit Erlaß vom 12. März 1929 für vollziehbar erklärt.

Loffenau, den 4. April 1929.

Schultheißenamt: Keim.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Dienstag den 9. April 1929**, mittags 12 Uhr, verkaufe ich in **Ottenhausen** öffentlich gegen Barzahlung:

1 Spiegelschrank, 1 Plüschdivan, 1 Zimmerbüffet (eichen), 1 Vertikow (Hartholz), 1 Nähmaschine (Singer), 1 runden Tisch, 1 Obstmühle.

Zusammenkunft am Rathaus in Ottenhausen.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten **Mittwoch den 10. April 1929** stattfindenden

Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt

ergeht Einladung.

Die üblichen gesundheitspolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Körben und Kisten zu bleiben. Die Körbe und Kisten dürfen vor der ärztlichen Untersuchung nicht geöffnet werden.

Calw, den 5. April 1929.

Stadtschultheißenamt: gez. Göhner.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag den 9. April, abends 6½ Uhr.

Tagesordnung:

1. Bausachen.
2. Feuerschau.
3. Fleischbeschaugebühren.
4. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Neuenbürg.

Einen Laden

nebst Wohnung und Zubehör für sofort oder 1. Mai zu vermieten.

Christian Hegelmayer,
Hauptstraße 211.

Der schönste **Blumenschmuck** für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberbayerischen

Gebirgs-Hängenelken.

Versand überallhin. Illustr. Preisliste gratis und franko.
A. Gnadl, Versandgärtnerei,
Trudering 614 (Oberb.).

Birkenfeld.

Gelegenheitskauf!

1 Motorrad,

250 ccm, sehr gut erhalten, entbehrlichkeitshalber sofort zu verkaufen. Preis 250 Mk.

Näheres bei
E. Becht, Malermstr.

Schömberg.

Freundliches, jüngeres

Mädchen

in den Laden für sofort gesucht.

Feinkosthaus
Eugen Burkhardt.

Dobel.

Eine

Kalbin

mit Kalb hat zu verkaufen
Wilhelm Stängle,
Baumwart.

Birkenfeld, den 8. April 1929.

Danksagung.

Heimgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen

Maria Oßmann

sagen wir allen, welche ihr während ihres langen Leidens Liebes und Gutes getan haben, insbesondere ihren Schulfreundinnen und Schulfreunden für ihre Kranzniederlegungen, sowie allen denjenigen, welche sie zu ihrer letzten Ruhestätte begleiteten, unseren innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

An die tit. Autobesitzer!

Achten Sie auf eine **tadellose Lackierung Ihres Autos** und bringen Sie dasselbe in die modern eingerichtete Lackier-Werkstätte am Platze von

Christian Hablizel,
Auto-Lackierwerkstätte,
Neuenbürg, Telefon 108.

Von einfachster bis feinster Ausführung!

Conweiler.

Wir empfehlen unseren

5 Tonn.-Lastwagen

zu **Fuhren jeglicher Art** bei billigster Berechnung.

Kling & Jäck, Telefon 138.